

Gebiete erheben oder Westdeutschland schlucken wollen, sind die entsprechenden Ansprüche Westdeutschlands durchaus einseitige, in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzende, sozusagen konservierte und für „bessere Tage“ aufgehobene Revancheziele.

Das Wesen dieser Politik ist also völlig klar. Mit Hilfe taktischer Beweglichkeit, die besonders die sozialdemokratischen Minister glaubhaft machen sollen, da man sie Herrn Strauß oder Herrn Seeborn oder auch Herrn Kiesinger allein nicht glauben würde, soll die Gefahr der Isolierung der westdeutschen Imperialisten gebannt und zugleich der Weg für ein Eindringen in die sozialistischen Länder geöffnet werden. Im übrigen lehnt die Regierung Kiesinger/Strauß auch weiterhin jede Abrüstung ab. Und wenn die westdeutsche Bundesrepublik — das ist die Kalkulation — erst einmal über atomare Sprengköpfe verfügt, dann können die Revancheziele und das ganze Programm der Expansion auch wieder mit anderen Mitteln angesteuert werden, wobei man dann wahrscheinlich die „beweglicheren“ sozialdemokratischen Minister nicht mehr brauchen wird.

Ihr Einsatz in der Außenpolitik der westdeutschen Imperialisten entspricht übrigens ihrem Einsatz in der Innenpolitik. Es ist offenkundig, daß eine reine CDU/CSU-Regierung — mit oder ohne FDP ist gleichgültig — es sich nicht leisten könnte, viele Zehntausende Bergarbeiter auf die Straße zu werfen, Kohlenzechen zu schließen und ein umfassendes Programm des sozialen Abbaus in Westdeutschland durchzuführen. Auch für diese „beweglichere“ Innenpolitik braucht also das westdeutsche Monopolkapital sehr dringend die Hilfe von SP-Führem.

#### **„Nichtanerkennung der Grenzen ist Friedensbedrohung“**

Der westdeutsche Philosoph Karl Jaspers ist im Zusammenhang mit seiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ von Bonner Regierungskreisen und der ihnen nahestehenden Presse angegriffen worden. Jetzt hat Herr Jaspers in einer „Antwort“ zu diesen Angriffen Stellung genommen. Er spricht hier offensichtlich stellvertretend für jene Kreise der westdeutschen Intelligenz, die die Folgen der Bonner Revanche- und Vorherrschaftspolitik erkennen und fürchten.

Auf den Vorwurf, Jaspers fordere von der westdeutschen Bundesrepublik Verzicht, die anderen aber brauchten nicht zu verzichten und das sei nicht zumutbar, gibt Jaspers eine logische Antwort: „Wir brauchen auf nichts zu verzichten, was wir haben, aber wir müssen verzichten auf unsere